AHV Information : die Zukunft der AHV steht auf dem Spiel

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung**

Band (Jahr): **52 (1974)**

Heft 3

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

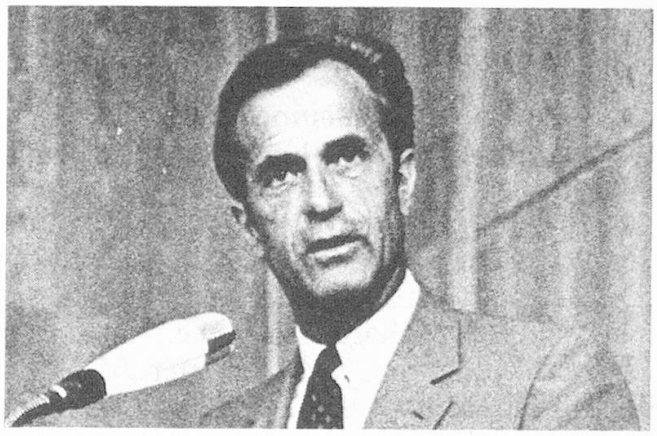
http://www.e-periodica.ch

AHV INFORMATION

Die Zukunft der AHV steht auf dem Spiel

An der Generalversammlung des grössten schweizerischen Unternehmens der Maschinen- und elektrotechnischen Industrie, der Firma Brown, Boveri & Cie. in Baden, äusserte sich Verwaltungsratspräsident F. Luterbacher eingehend zu den Fragen einer allfälligen Annahme der Ueberfremdungsinitiative der Nationalen Aktion. Bekanntlich findet diese wichtige Volksabstimmung am 20. Oktober statt. Nachdem der Redner die Auswirkungen auf das eigene Unternehmen geschildert hatte — dort würde eine Annahme zur Zwangsauswanderung von 3800 Mitarbeitern, d. h. von rund 30 % des Werkstattpersonals führen — ging er in seinen stark beachteten Gedankengängen auf die Konsequenzen für die AHV ein. Wir halten es für unsere Pflicht, bei aller politischen Neutralität unserer Stiftung gerade auch die Rentenbezüger auf diese sachlichen und von keiner Seite bestrittenen Worte hinzuweisen, da wohl die wenigsten von ihnen sich über die finanzielle Seite dieses Urnenganges Gedanken gemacht haben dürften.
Der BBC-Hauszeitung entnehmen wir die folgenden wörtlichen Zitate: Red.

Verheerende Folgen für die AHV!
«Ebenso verheerende Auswirkungen hätte eine Annahme der Ueberfremdungsinitiative auf einem ganz anderen, bisher kaum beachteten Gebiete, nämlich beim wohl *grössten* schweizerischen Sozialwerk, der Alters- und Hinterbliebenenversicherung (AHV).
Von den gesamten Beiträgen, die in den letzten zehn Jahren an die AHV geleistet



BBC-Verwaltungsratspräsident Franz Luterbacher während seiner Ansprache (Foto BBC)

worden sind, stammen nämlich rund zwanzig Prozent von den ausländischen Arbeitstätigen. Zudem ist schätzungsweise die Hälfte des derzeitigen Bestandes des AHV-Ausgleichfonds von über 11 Milliarden Franken von den Ausländern zusammengetragen worden. Die Rentner aber gehören heute und auch in den nächsten Jahren zum weitaus grössten Teil der schweizerischen Stammbevölkerung.

900 fehlende AHV-Millionen pro Jahr
Unter den rund 500 000 Personen, welche die Schweiz nach dem Willen der Initianten zu verlassen hätten, befänden sich 300 000 Erwerbstätige mit einem beitragspflichtigen Einkommen von über 10 Milliarden Franken. Die Folge dieses vorsichtig berechneten Wegfalles an Prämiengeldern auf die AHV-Ertragsrechnung wären beeindrukkend: Schon im ersten Jahr nach Vollzug des Ausländer-Abbaues würden auf der Einnahmenseite rund 900 Millionen Franken fehlen! Und dabei steht heute schon fest, dass die AHV-Ausgaben ab 1978 Jahr für Jahr um mehr als eine Milliarde Franken ansteigen werden, — mit oder ohne Ausländerabbau! Wollte man diesen Fehlbetrag durch entsprechende *Erhöhung der Beiträge* der verbleibenden Erwerbstätigen ausgleichen, so würde die Gesamtbelastung der Versicherten noch höher, als sie ohnehin schon ist. Und ein vorzeitiger Rückgriff auf den Ausgleichsfonds wäre eine bewusste Benachteiligung *künftiger* Rentnergenerationen.

Unzumutbare Belastung der Staatskasse
Bekanntlich wird sich der Aufwand der öffentlichen Hand in den nächsten vier Jah-

ren ohnehin *verdoppeln* und bis 1978 auf rund 2,8 Milliarden Franken oder noch mehr ansteigen. Käme nun der geforderte Abbau des Ausländerbestandes dazu, würde der Staatshaushalt einer zusätzlichen schweren Belastungsprobe ausgesetzt, indem die mehr als 10 Milliarden Franken fehlendes Erwerbseinkommen nicht nur der AHV als beitragspflichtiges Einkommen, sondern auch den Gemeinden, den Kantonen und dem Bund als steuerpflichtiges Einkommen fehlen würden. Zudem müssten zu diesem direkten Steuerausfall von mehreren hundert Millionen Franken noch die Steuerausfälle als Folge geringerer Erträge der Wirtschaft gerechnet werden. Bei dieser Sachlage ist es schlechthin *undenkbar,* dass der öffentlichen Hand über all das hinaus noch die auf der Einnahmenseite der AHV jährlich fehlenden 900 Millionen Franken aufgebürdet werden könnten.

Blick in die Zukunft: gefährdetes Sozialwerk

Ein Blick in die fernere Zukunft zeigt im übrigen, dass es bei Annahme der Initiative enorm schwierig wäre, die AHV im Gleichgewicht zu halten. Man schätzt, dass in zehn Jahren 100 Beitragspflichtige für das Ersatzeinkommen von 33 Rentnern aufzukommen haben und dass sich dieses Verhältnis später weiter *zuungunsten* der aktiv Berufstätigen verschieben wird (höhere Lebenserwartung der älteren Generation, längere Ausbildungszeit der Jungen usw.). Bei einer Wegweisung von 300 000 Ausländern würde die Zahl der Erwerbstätigen schlagartig um 10 Prozent sinken, diejenige der Rentner aber unvermindert ansteigen, weil der grösste Teil der Rentner noch auf längere Zeit hinaus Schweizer sein werden und zudem eine sehr grosse Zahl von weggewiesenen Ausländern — aufgrund von nahezu zwei Dutzend Staatsverträgen das verbriefte Recht auf AHV-Rente besitzt, unabhängig davon, ob sie sich später noch in der Schweiz befinden oder nicht. Milliarden von Franken müssten im Falle einer Annahme der Initiative dafür aufgewendet und ins Ausland transferiert werden, denen auf der Einnahmenseite nichts mehr entgegenstehen würde! Das ohnehin labile finanzielle Gleichgewicht unserer Sozialversicherung würde davon zweifellos *schwer* beeinträchtigt. Sehr viele ausgewiesene Arbeitskräfte würden nicht nur ihren Rentenanspruch mitnehmen, sondern auch noch den Anspruch auf alle Verbesserungen, die bei der AHV in den Jahren und Jahrzehnten eingeführt werden, nachdem sie unser Land schon längst verlassen haben. Sie selbst und ihre Kinder würden keine Beiträge mehr bezahlen. Dafür hätte die durch Zwangsemigration künstlich verkleinerte Zahl von Erwerbstätigen sowohl für eine wachsende Zahl von Rentnern wie auch noch für diese Verbesserungen aufzukommen. Betroffen wären also letzten Endes vor allem die Schweizer Bürger, die entweder ganz grosse Lasten und Einschränkungen auf sich zu nehmen oder auf die unbeeinträchtigte Weiterführung und den Ausbau ihrer Alters- und Hinterlassenenversicherung zu verzichten hätten. Die Solidarität der Jüngeren mit den Aelteren würde in unserem Lande in einem Masse strapaziert, das die Errungenschaften dieses grossen Sozialwerkes aufs Spiel setzen müsste. *Das Ausländerproblem von heute würde zum Schweizer Problem von morgen!*»

Harte, doch kluge Politik des Bundesrates

Jede *sachliche* und *nüchterne* Betrachtung der Folgen der Annahme der Ueberfremdungsinitiative müsse zu einer wuchtigen Ablehnung führen. Natürlich sei damit jedoch das Ausländerproblem nicht gelöst, meinte Präsident Luterbacher, das verbreitete Unbehagen nicht beseitigt. Doch würden unsere Probleme nicht durch grobschlächtige Eingriffe gelöst, die zu *unmenschlichen* Härten führen müssten, die unserer Volkswirtschaft und damit auch den Arbeitnehmern schweren Schaden zufügen würden. Die Stabilisierungspolitik des Bundesrates sei ein *realistischer* Weg und die anfangs Juni angekündigten Massnahmen hätten nicht nur die Stabilisierung der ausländischen Erwerbstätigen, sondern der gesamten ausländischen Bevölkerung zum Ziel. Dies sei ein *hartes* Vorgehen mit schwerwiegenden Folgen, die aber aus *staatspolitischen* Gründen in Kauf genommen werden müssen.» *pi*